

14/07 '99 15:45

+49 3382 700176

M.Klein ALLIANZ

S02

+49 3382 700176

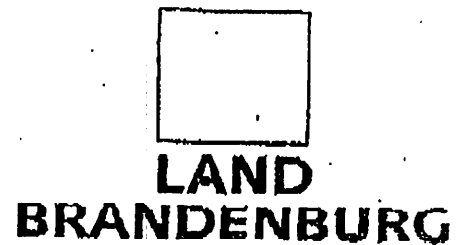
14/07 '99 15:00 FAX -19 331 8662026

MI BB VORZ. MIN

001

Ministerium des Innern

Der Minister



Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Postfach 601165 X 14411 Potsdam

An die
Hungerstreikenden von Damsdorf
c/o Anita Petri
Berliner Straße 15 a
14797 Damsdorf

Potsdam, 14. Juli 1999

Gesch.Z.: AL II
(Bei Antwort bitte angeben)
Bearbeiter:
Hausanschluss: 2200

Sehr geehrte Frau Petri, sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre im Gespräch am 13.07.1999 - unter freundlicher Moderation von Herrn Generalsuperintendenten Schulz und Herrn Pfarrer Danner - zugesagte schriftliche Fixierung Ihrer Anliegen liegt mir vor.

Eine Ihrer wesentlichen Forderungen ist, den Umweltbeirat des Landes als sachkompetent ausgewiesenes Gremium zusammen mit Bürgerinitiativen und Experten des Eigenheimerverbandes sowie Fachleuten der Regierung umgehend zu beauftragen einen brandenburgischen Maßnahmenplan "Nachhaltige Abwasserwirtschaft" zu erarbeiten.

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung ist grundsätzlich einverstanden, mögliche Maßnahmen zum Thema "Nachhaltige (Ab)wasserwirtschaft" gemeinsam mit Mitgliedern des Umweltbeirates, der Bürgerinitiative, des Eigenheimerverbandes und weitere Experten zu erörtern und entsprechende Handlungsempfehlungen zu fixieren. Einzelheiten hierzu sind gemeinsam abzustimmen, um das Procedere, evtl. finanzielle Fragestellungen usw. abzuklären.

Ich darf hoffen, dass auf diesem Wege ein fruchtbarer Dialog mit allen beteiligten Fachleuten möglich wird.

2

Auslöser und wesentliche Forderung Ihrer Aktion sind, weiterhin für den Bürger zumutbare Abwassergebühren zu garantieren. Sie führen dazu aus: "Wir Damsdorfer Bürger sind dann bereit, einen Preis von unter 10,- DM pro m³ Abwasser inklusive Trinkwasser unserem Verband zu zahlen, wenn sich dieser Preis einschließlich aller Nebenkosten als im Zuge der angekündigten öffentlichen Untersuchung nach Punkt 1 unseres Schreibens vom 6.7.1999 als gerechtfertigt ergibt. Dieser Preis ist mindestens festzuschreiben auf 15 Jahre!"

Hierzu darf ich Ihnen erneut mitteilen, dass zumutbare Gebühren das erklärte Ziel der Landesregierung sind. Insbesondere das Schuldenmanagement für in Schwierigkeiten geratene Abwasserverbände, das Ihnen schon in verschiedenen Schreiben ausführlich geschildert worden ist, hat zum Ziel, eine Abwassergebühr eine 10,- DM-Schwelle nicht überschreiten. Diese Bemühungen gelten insbesondere auch im Falle des Abwasserzweckverbandes Emster, dem auch die Gemeinde Damsdorf angehört. Hier besteht jedoch die Besonderheit, dass aufgrund der eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Verbandes ein Vergleich auch mit den privaten Gläubigern geschlossen werden muss, die ebenfalls einen Beitrag zur Stabilisierung des Verbandes beitragen müssen. Das vorliegende Konzept geht von einer Abwassergebühr von 9,85 DM/m³ zuzüglich Inflationsausgleich aus und soll zunächst bis zum Jahr 2005 gelten. Die Landesregierung hat gegenüber dem Zweckverband signalisiert, dass sie den notwendigen Beitrag im Rahmen dieses Vergleiches in Höhe von fast 30 Mio DM erbringen wird. Nunmehr sind die anderen Partner des Zweckverbandes an der Reihe!

Ihre darüber hinausgehende Forderung, den Abwasserpreis für mindestens 15 Jahre festzuschreiben, vermag ich aus rechtlichen Gründen, wie Ihnen schon verschiedentlich dargelegt wurde, nicht zu entsprechen. Ich glaube auch nicht, dass ein ordentlich wirtschaftlich operierendes Unternehmen zu einer solchen Aussage in der Lage wäre. Soweit Sie mit handschriftlicher Ergänzung in Ihrem Schreiben den 10,- DM-Preis für Abwasser auf "inklusive Trinkwasser" ergänzen, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Forderung nicht Gegenstand der Besprechung war, wo es allein um die Abwassergebühr ging.

Ein weiteres Anliegen ist eine restlose Aufklärung strafrechtlicher Verfehlungen, die zu der jetzigen Problemlage mit beigetragen haben sollen. Hierzu darf ich Ihnen nochmals in Absprache mit Landrat Koch zusagen, dass die untere Kommunalaufsicht die entsprechenden Vorgänge der Zweckverbände prüfen wird und soweit sich auch nur ein Hinweis auf einen Anfangsverdacht für eine strafbare Handlung ergibt, eine Strafanzeige erstattet wird. Sie werden vom Landrat Koch entsprechend unterrichtet. Ich habe auch den Generalstaatsanwalt des Landes auf dieses Vorgehen angesprochen, der dieser Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Das Innenministerium wird ein entsprechendes Vorgehen auch den anderen Landräten vorschlagen.

Bitte für Uli
mitnehmen
Danke
G. Rabal

3

Soweit Sie eine öffentlichen Untersuchung zu den Ursachen der Kostenmisere im Zweckverband Emster-Havel, im Zweckverband des Amtes Bestensee und in weiteren Zweckverbänden fordern, wurde Ihnen bei dem Gespräch am 13.7.99 zugesichert, dass das Innenministerium in den sicherlich auch in der 3. Legislaturperiode des Landtags Brandenburgs notwendigen Berichten über die Abwassersituation auch eine Analyse über die Entstehungsgeschichte der in Schwierigkeiten geratenen Zweckverbände vornehmen wird. Es wird Angelegenheit des neuen Landtags sein, zu entscheiden, inwieweit er dies zum Anlass der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nehmen wird. Ich selbst werde mich der Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses nicht entgegenstellen.

Ihre letzte Forderung, Ihnen eine Liste der Banken, Planer, Bauenden und Lieferanten, die bei den in Schwierigkeiten geratenen Zweckverbänden involviert sind, zu liefern, wird, wie schon auf der Besprechung mitgeteilt, nicht möglich sein. Eine entsprechende Liste liegt dem Innenministerium nicht vor. Die Liste der notleidenden Verbände wird seitens des Ministeriums nicht veröffentlicht werden, weil ein vertraulicher Umgang mit den Daten zugesagt wurde, auch um die Verbände bei der weiterhin notwendigen Geschäftstätigkeit nicht in Mißkredit zu bringen. Entsprechend hat die Landesregierung auch im Rahmen einer Kleinen Anfrage geantwortet und ist auf Verständnis bei den Abgeordneten gestoßen. Es ist Ihnen aber angeboten worden, dass alle Zweckverbände und die untere Kommunalaufsicht angeschrieben werden und den unmittelbar Betroffenen unter Beifügung Ihrer Forderung anheim gestellt wird, die gewünschten Angaben zu veröffentlichen und zu Ihren Forderungen gesammelt eine Stellungnahme über das Innenministerium abzugeben.

Meine Mitarbeiter sowie Mitarbeiter des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung stehen Ihnen für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Da ich Ihrem Anliegen, soweit dies rechtlich möglich ist, entgegen gekommen bin, appelliere ich an Sie alle, Ihren Hungerstreik, der uns sehr belastet, zu beenden.

Ein Dialog zu den anstehenden Fragen kann in dem zugehörigen Forum jederzeit nachgereicht fortgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

